

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	9/2023
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	25.07.2023
Zeit:	19:00 Uhr – 22:26 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<u>Grüne</u> Stadträtinnen Groesser und Schlüchtermann Stadträte Katzenstein, Konrad und Schmitz <u>FW</u> Stadträtin Streib; Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl und Wachert <u>CDU</u> Stadträtinnen Weichert und Oppelt Stadträte Bernauer, Schendzielorz und Wagner <u>SPD</u> Stadträtinnen Linier und Striegel, Stadträte Bergsträsser, Hertel und Schimpf <u>Linke</u> Stadtrat La Licata <u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch <u>Ortsvorsteher</u> Ortsvorsteher Erles
weiter anwesend:	Herr Markus Meyer
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtinnen Erles, Weber und Dr. Welter; Stadtrat Hornung
Urkundspersonen:	Stadträtin Striegel und Stadtrat Fritsch
Sachvortrag:	Herr Ansorge (TOP 7), Herr Feßenbecker (TOP 9, 10), Herr Seidel (TOP 9, 10)
Schriftführerin:	Frau Thiele

Der Bürgermeister eröffnet die öffentliche Sitzung um 19 Uhr mit der Bürgerfragestunde.

Bürgerfragestunde

Der Bürgermeister verweist eingangs auf die Regeln zur Bürgerfragestunde, wie sie in der Geschäftsordnung des Gemeinderates festgelegt sind: Höchstdauer der Fragestunde 30 Minuten. Jede Bürgerin bzw. Bürger kann 2 Fragen oder Vorschläge äußern, jeweils 3 Minuten Redezeit.

Ein Bürger fragt, zur Halbzeit des Jahres, nach den Sachständen zur Griechische Weinstube, die verkauft werden solle, dem Martin-Luther-Haus, das die Stadt kaufen wolle und der mit 7,5 Mio. € geplanten Sanierung des Schwimmbades und dem Bau des „Radhauses am Rathaus“.

Der Bürgermeister teilt mit, man sei wegen der Griechischen Weinstube nach wie vor im Gespräch. Der Immobilienmarkt habe sich stark gewandelt. Für das Freibad werde man Maßnahmen ergreifen, die den Bestand dauerhaft sichern sollen. Dazu folge in der Sitzung mehr. Bei dem Fahrrad-Parkhaus habe man beschlossen, einen Förderantrag zu stellen. Erhalte man keine Zusage, sei das Projekt gestorben und man müsse dann überlegen, was stattdessen für Fahrräder getan werde.

Eine Bürgerin erinnert an den Bürgerentscheid zur Rainbach im Jahr 2021. In der RNZ habe sie gelesen, dass eine Entscheidung zum Bauvorhaben anstehe. Sie fragt, ob mit dem Urteil zum Baugebiet in Gaiberg nun andere Naturschutzgutachten nötig wären. Der Bürgermeister antwortet, es handle sich um ein normales Verfahren und es seien Begehungen im Herbst und Frühling notwendig. Das Urteil zu §13b ändere nichts. Wenn die Begehungen dieses Jahr nicht mehr erfolgten, würde der Bauherr Zeit verlieren. Man warte selbst, wie das Baurechtsamt entscheide. Nächstes Jahr könne ein neuer vorhabenbezogener Bebauungsplan in Angriff genommen werden.

Die Bürgerin fragt noch einmal konkret wegen dem Außenbereich nach.

Der Bürgermeister antwortet, der wäre jetzt nicht zu bebauen und man harre der Dinge.

Ein Bürger fragt nach dem Sachstand der Wiesenbacher Straße hinsichtlich der Erneuerung und dem Fahrradweg. Außerdem fragt er nach den Hinderungsgründen für die Umsetzung vom Tempo 30 ab der Friedrich-Ebert-Straße bis zum Ortsende.

Der Bürgermeister erklärt, im Juli habe es ein größeres Fachgespräch mit Behörden und den beiden Busunternehmen gegeben. Laut letzteren könne bei Tempo 30 angeblich den Fahrplan, der auf die S-Bahn abgestimmt sei, nicht gehalten werden und die Stadt müsse den Mehrbedarf an Bussen zahlen. Für Ende August habe man nun konkrete Fahrpläne und Kosten angefordert. Dann könne das Gremium entscheiden, ob man das zahle. Tempo 30 in der ganzen Wiesenbacher Straße müssten die Verkehrsbehörden genehmigen. Dafür seien mindestens 8.000 Autos pro Tag notwendig. Die Verkehrszählung für den Lärmaktionsplan habe deutlich weniger Verkehr ausgewiesen und auch die Unfallzahlen würden nicht ausreichen, um dies für die gesamte Straße umzusetzen, was sehr unbefriedigend sei. In Zuzenhausen sei die Automenge und der Lärm zum Beispiel um einiges größer.

Der Bürger fragt nach, ob sich die Begründung nur auf tatsächliche und nicht auf potenzielle Unfälle bezieht.

Der Bürgermeister bestätigt ersteres. Man habe an der Kreuzung B45 und B37 mehrere Rotlichtverstöße gesehen und wollte einen Rotlichtblitzer. Wegen fehlender Unfallhäufung gehe es nicht.

Ein weiterer Bürger kritisiert den fehlenden Briefkasten an einer Postfiliale. Früher hätte es einen mit stündlicher Leerung gegeben.

Der Bürgermeister sagt, er kenne nur die Leerung morgens und abends. Herr Dr. Ding müsse dafür bei der Post nachfragen. Er selbst könne dazu nichts sagen.

Der Bürger geht davon aus, dass das Bodenseewasser in Zukunft sehr spärlich fließen werde und fragt daher, warum das Wasser-Reservoir am Felsenberg nicht mehr aktiv, und wann mit einer Reaktivierung zu rechnen sei. Bei der Verwaltung habe er nachgefragt und keine zufriedenstellende Antwort, auch hinsichtlich der Größe, erhalten.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage sei sehr kurzfristig gekommen und das Reservoir seit Jahrzehnten nicht mehr in Betrieb. Die Wasserversorgung bestehe zu über 80% aus Neckargemünder Wasser, etwas aus Neckarsteinach für Mückenloch – und ein bisschen vom Bodensee. Das Reservoir spiele keine Rolle und die Reaktivierung sei seit 2001 kein Thema gewesen.

Der Bürger möchte zu „seinem“ (gemeint ist der Bürgermeister) Windpark wissen, wie nah er am Reservoir liege.

Der Bürgermeister stellt klar, es sei nicht seine Windparkanlage. Im Falle einer Umsetzung würde es, so die Beschlusslage des Gremiums, ein Konsortium aus lokalen Akteuren werden. Das Reservoir liege ca. 130 m von der Bebauung entfernt und für Windenergieanlagen müsse der Abstand um weitere 600 m größer sein. An sich sei das unproblematisch. Im Hollmuth befinde sich die Bebauung sogar im Grundwasserschutzgebiet.

Der Bürger sagt, er habe wegen der Bürgerbeteiligung in Meckesheim überlegt, warum nicht auch in Neckargemünd eine Bürgerbefragung gemacht werde und er fragt, was die Gründe seien.

Der Bürgermeister entgegnet, man könne nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. In Meckesheim habe der Gemeinderat beschlossen, mit einem Betreiber einen Windpark auf gemeindeeigenes Gebiet zu bauen. In Neckargemünd wolle Forst BW auf staatlichen Grund bauen. Der Gemeinderat habe daher beschlossen, nur wenn das Konsortium aus Stadtwerken und Bürgerenergiegenossenschaften zum Zuge käme, eine eigene Fläche einzubringen. Wenn dies nicht eintrete, müsse entschieden werden, ob man das Gebiet anderen zur Verfügung stelle. Es sei damit eine grundlegend andere Situation als in Meckesheim. Aktuell gebe es daher auch nichts zu entscheiden. Man könne später fragen, ob die Bevölkerung Anlagen auf dem Neckargemünder Grundstück wolle oder nicht.

Der Bürger wünscht, dass für das gemeindeeigenes Gelände die Bürger gefragt werden, ob sie es wollen.

Der Bürgermeister erklärt dazu, es müsse für eine Befragung hinreichend konkret sein. Derzeit beobachte man nur die Entwicklung. Solange das Konsortium keinen Zuschlag habe, gebe es nichts zu entscheiden.

Ein weiterer Bürger teilt mit, er freue sich, dass der Bürgermeister nach seinem Unfall wieder an Bord sei und die meisten seiner Fragen schon im Verlauf der Fragestunde beantwortet seien. Er habe gehört, dass am Mittwoch der Zuschlag für die Windräder sein solle und möchte dazu eine Auskunft.

Der Bürgermeister antwortet, die Entscheidung sei noch nicht gefallen und am Mittwoch erst Angebotsschluss. Wie Stadtrat Katzenstein, gehe er auf Grund des komplizierten Bewertungsverfahrens von 3 Monaten aus, bis die Entscheidung feststehe.

Der Bürger fragt, warum das Problem mit den Busunternehmen nicht voran gehe und der Bürgermeister es als neues Problem darstelle.

Der Bürgermeister erklärt, bis zum Termin im Juli seien die Unternehmen nicht bereit gewesen, Zahlen zu liefern, was es koste. Man habe auch selbst mit eigenem Personal untersuchen lassen, wie schnell die Busse tatsächlich fahren und ob es zu Verzögerungen kommen würde. Dabei habe man festgestellt, dass die Busse zwischen 21 bis 25 km/h fahren. Die Buslinie 35 fahre nach 21 Uhr im Umlauf-System, was dann wahrscheinlich nicht mehr klappen würde. Alle diese Details müsse man beachten. Mit dem Rhein-Neckar-Kreis sei man im Austausch und wolle noch in diesem Jahr beginnen, so die Aussage des Kreises.

Der Bürger kritisiert, dass es so lange dauere, bis etwas gemacht werde. In diesem Fall, wäre es schon vor einem Jahr angekündigt worden und noch nichts passiert.

Der Bürgermeister erwidert, wenn es so einfach wäre, würde es vom Himmel fallen. Das grundlegende Problem sei, dass die verschiedenen Verkehrsarten nicht immer Rücksicht aufeinander nehmen würden. Wo man Radfahrer bevorzuge, leiden Auto- oder Fußverkehr. Auch ihm dauere es zu lange.

Die Bürgerfragestunde ist 19:28 zu Ende.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 7/2023 vom 27.06.2023**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

Herr Feßenbecker ergänzt seine Äußerung auf Seite 8 oben, um „HOAI“ und „*die bei einem Werkvertrag nötig wäre.*“: „HOAI und VOB seien in sich schlüssige, komplett rechtlich geprüfte Gesamtwerke. Ein Vertrag in Anlehnung an die HOAI erspare die umfassende anwaltliche Prüfung, *die bei einem Werkvertrag nötig wäre.*“

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

2: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 8/2023 vom 13.07.2023**

2.1: **Sachvortrag:**
Das Protokoll liegt noch nicht vor und der TOP wird vertagt.

2.2: **Beratung:**

2.3: **Beschluss:**

3: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 27.06.2023 gefassten Beschlüsse**

3.1: **Sachvortrag:**
Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

3.2: **Beratung:**

3.3: **Beschluss:**
Der Gemeinderat nimmt den Vorschlag der Auswahlkommission zur Besetzung der Stelle der Schulleitung an der Erich-Kästner-Schule zustimmend zur Kenntnis. Die Verwaltung wird damit beauftragt, eine entsprechende Stellungnahme an das Regierungspräsidium Karlsruhe abzugeben.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig bei zwei Enthaltungen, den Beschluss aus der Sitzung vom 23. Mai 2023 zurückzunehmen und das Vorkaufsrecht für das Grundstück Flst. Nr. 3715 Gemarkung Neckargemünd nicht auszuüben.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig bei zwei Enthaltungen, die Stelle der stellvertretenden Fachbereichsleitung des Fachbereichs 4 zum 01. Juli 2023 mit Herrn Daniel Hartmann zu besetzen.

4: **Nachrücken von Herrn Markus Meyer in den Gemeinderat**

- Feststellen eventueller Hinderungsgründe nach § 29 der Gemeindeordnung
- Verpflichtung durch den Bürgermeister

4.1: **Sachvortrag:**
Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

4.2: **Beratung:**

4.3: **Beschluss:**
Nach dem Tod von Stadträtin von Reumont rückt Herr Markus Meyer zum 01.08.2023 als nächster Ersatzkandidat im Wohnbezirk Waldhilsbach in den Gemeinderat der Stadt Neckargemünd nach.

Der Gemeinderat stellt einstimmig gem. § 29 Abs. 5 GemO fest, dass für das Nachrücken von Herrn Markus Meyer keine Hinderungsgründe bestehen.

Der Bürgermeister verpflichtet Herrn Markus Meyer auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten gem. § 32 Abs. 1 der Gemeindeordnung.

Herr Markus Meyer nimmt im Räterund als Zuhörer Platz, jedoch noch nicht an den Diskussionen und Abstimmungen teil.

5: **Umbesetzung von Ausschüssen**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

5.2: **Beratung:**

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat wählt im Wege der Einigung die in der Vorlage genannten Stadträtinnen und -räte zu Mitgliedern bzw. zu stellvertretenden Mitgliedern der betreffenden Ausschüsse, mit Wirkung zum 01.08.2023. Die von den Umbesetzungen nicht betroffenen bisherigen Besetzungen sollen unverändert bleiben.

Stadtrat Bernauer will wegen Befangenheit im Zuschauerraum Platz nehmen.

6: **Nachwahl des 3. Stellvertretenden Bürgermeisters**

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

6.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister fragt, ob eine geheime Abstimmung gewünscht werde.

Stadtrat Bergsträßer weist darauf hin, dass bisher nie jemand bei Wahlen als befangen gegolten habe.

Frau Polte bestätigt, dass Stadtrat Bernauer an der Wahl zu einer ehrenamtlichen Tätigkeit teilnehmen dürfe.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat wählt einstimmig aus seiner Mitte Herrn Maximilian Bernauer in die Position des 3. Stellvertretenden Bürgermeisters, mit Wirkung zum 01.08.2023.

7: **Bauantrag zum Neubau eines Mehrfamilienhauses mit 6 Wohneinheiten und Abriss Wohnhaus und Scheune auf Grundstück Flst. Nr. 3060, Uferstr. 12**

7.1: Sachvortrag:

Die Vorlage des FB 5 – Bauwesen und Recht ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Ansorge trägt den Antrag vor. Es solle nach §34 entschieden werden; vor 10 Jahren habe man bereits eine ähnliche Baugenehmigung erteilt, die mittlerweile erloschen sei. Die neue Planung entspreche im Wesentlichen der alten.

Der Bürgermeister erklärt, es müsse zur Erschließung das städtisches Grundstück Flurstück Nr. 3061 genutzt werden, worüber auch zu entscheiden sei.

Herr Ansorge fügt hinzu, bei Flurstück Nr. 3061 handle es sich um eine Verkehrsfläche, und es bestehe keine Verpflichtung, eine Straße zu bauen. Stadt und Bauherr müssten sich einigen, wer die Straße baue.

Der Bürgermeister meint, dies solle nicht zu Lasten der Stadt gehen. Wer bauen will, solle es machen.

7.2: Beratung:

Stadtrat Konrad sagt, die Fraktion sei der Ansicht, dass sich das Gebäude nach § 34 einfüge. Im Sinne der Nachverdichtung sei das sinnvoll. Bei Parkplatz Nr. 6 erscheine es komisch, dass er nicht direkt angefahren werden könne. Man hätte sich mehr Design und ein ökologisches Konzept gewünscht.

Herr Ansorge bestätigt, dass es kompliziert aussehe, doch nach eigenen Berechnungen seien auch nur neun Parkplätze notwendig, jedoch mehr geplant. Es sei Sache des Landratsamtes, das zu prüfen.

Stadtrat Dr. Rothe teilt mit, auch die Freien Wähler würden zustimmen. Man lege Wert darauf, dass die Zuwegung zu Lasten des Bauherrn gehe.

Laut Stadtrat Bernauer spreche nichts dagegen. Der Antrag sei in dieser Form bereits 2013 genehmigt wurden. Die Stellplatzausrichtung erschließe sich auch ihm nicht ganz. Man habe Fragen zur Zuwegung und auch rechtliche Bedenken: Sei der Verkauf des Verkehrsgrundstücks generell eine Option? Wolle der Bauherr das erwerben? Die Sicherungspflicht sehe man als Problem, denn andere Häuser hätten eigene Zuwegung.

Herr Ansorge sagt, er habe dahingehend keine grundsätzlichen Bedenken. Rechtlich sei viel zulässig, sogar der Verkauf wäre möglich, so dass sich der Bauherr dann komplett um den Unterhalt kümmere. Dabei müsse man bedenken, wer die Fläche auch noch nutze und, ob eventuell Zufahrten und Leitungen vorhanden seien. Strom- und Abwasserleitungen müssten gesichert sein.

Stadtrat Hertel teilt mit, von Seiten der SPD sei es eigentlich schon eine genehmigte Planung. Da kein Solar auf dem Dach erkennbar sei, weist er auf die Verpflichtung hin. Wegen Änderungen beim Brandschutz und der schweren Anfahrt sei es nötig, dass das Landratsamt das genau prüfe, vor allem das Treppenhaus. Die Fraktion könne sich vorstellen, das Verkehrsgrundstück zu verkaufen, wenn es keine Probleme mit den Leitungen gebe. Wenn es für die Baustelleneinrichtung verwendet werde, dann streite man sich danach bei eventuellen Schäden. Die Belastung für den Weg sei einfach zu hoch.

Stadtrat Fritsch meint, die Vorredner hätten alles Wichtige gesagt. Wenn die Zufahrt der Feuerwehr und auch erneuerbare Energien berücksichtigt würden, werde er zustimmen.

Der Bürgermeister erklärt, die PV-Pflicht sei im Landesgesetz geregelt. Es gehe hier um die Frage, ob man das baurechtliche Einvernehmen erteile und wie man mit der Zuwegung umgehe. Die Verwaltung brauche einen Auftrag, um mit dem Bauherrn in Verhandlung zu treten. Im Falle einer Baulast werde man das im Gremium behandeln. Stadtrat Bergsträsser nennt ein Beispiel in Mückenloch, bei dem ein öffentlicher Weg dann als Privatweg umgewidmet worden sei. Mit dem Verkauf wäre es die Unterhaltungspflicht des Bauherrn. Bleibe es im Eigentum der Stadt, würden sich unter Umständen die Mieter wegen dem Zustand beschweren.

Der Bürgermeister sagt, man wisse nicht, ob der Bauherr eine Kaufabsicht habe. Die Zuwegung zu Hausnummer 14 müsse gewährleistet bleiben und solle nicht abgeschnitten werden.

Stadtrat Wachert stimmt zu, dass man die Verpflichtung habe, die Nachbarn zu schützen. Das müsse man ausreichend prüfen und erst dann zustimmen.

Der Bürgermeister nimmt zur Kenntnis, dass die Mehrheit einem Verkauf nicht abgeneigt sei. Er werde ein mögliches Verkaufsangebot ins Gremium geben.

Laut Stadtrat Wagner werde Hausnummer 14 von der B37 angefahren.

Stadtrat Bergsträsser teilt mit, über sein Grundstück laufe zum Beispiel auch ein Abwasserkanal. Sowa's müsse geregelt werden.

Der Bürgermeister erklärt, er wolle sauber geprüft haben, wie die Zuwegungen sind. Man rede heute nur über die Zustimmung nach §34. Sollte das Landratsamt nicht zustimmen, habe sich die Sache erledigt.

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat erteilt einstimmig das Einvernehmen nach § 34 BauGB. Es wird der Hinweis ans Landratsamt gegeben, dass die Erschließung über Flst. 3061 aktuell nur eingeschränkt möglich ist. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Bauherrn zwecks Prüfung einer Verkaufsoption für das Grundstück Flst. Nr. 3061 in Verhandlung zu gehen, auch unter Berücksichtigung der Zuwegung für das Haus Nr. 14, und im Falle eines Verkaufsangebots dieses erneut im Gemeinderat vorzutragen.

8: **Prüfung der Bauausgaben der Stadt Neckargemünd für die Haushaltsjahre 2016-2021 – Abschlussmitteilung**

8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 5 – Bauwesen und Recht ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

8.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldung.

8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Mitteilung über den Abschluss mit uneingeschränkter Abschlussbestätigung der überörtlichen Prüfung der Bauausgaben der Stadt Neckargemünd für die Haushaltsjahre 2016 bis 2021 zur Kenntnis.

9: **Teilnahme am Interessenbekundungsverfahren des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur (SKJ)“**

9.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 5 – Bauwesen und Recht ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Bürgermeister berichtet, das Bundesprogramm sei der Verwaltung im Juni zur Kenntnis gekommen. Nachdem man sich schon im Frühjahr über die energetische Sanierung unterhalten habe, komme es sehr gelegen.

Herr Seidel geht kurz auf die Kriterien ein, die aus seiner Sicht dafür sprechen, dieses Projekt anzugehen. Die Frist ende im September und hinsichtlich des Haushalts müsse man die Foliensanierung zurückstellen. Statt mehrerer Kleinstreparaturen, die an den unterschiedlichen Farben der Folie zu erkennen seien, hätte man ein vollsaniertes Freibad.

Herr Feßenbecker ergänzt, es handle sich um ein zweistufiges Bewerbungssystem: erst nach dem Interessenbekundungsverfahren könne der Förderantrag gestellt werden. Die Laufzeit des Projekts gehe bis Ende 2028 und umfasse bis zu 8,5 Mio. Euro. In einer Online-Informationsveranstaltung habe es über 1.000 Zuhörer gegeben und nicht jeder könne mitmachen. Profisport sei zum Beispiel ausgeschlossen, Freibäder explizit eingeschlossen. Der Schlussverwendungsnachweis müsse bis zum 31.12.2028 eingereicht werden. Laut der Bedingungen gelten Projekte bis Leistungsphase 5 als noch nicht begonnen und nicht förderschädlich. Weiterhin stellt er vor, was alles im Detail gefördert wird. Mit diesem Programm könne man den Sanierungsstau nicht nur aufarbeiten, sondern wäre auch vorne dran.

Herr Seidel führt weiter aus, dass man sich um eine lange Lobbyliste bemühe.

Der Bürgermeister sagt, alle Kosten würden gefördert. Man vergebe nichts und stoppe auch keine laufenden Projekte. Da man schon Sachen in der Schublade und die entsprechenden Beschlüsse habe, könne man sich nun bewerben. Eine Beteiligung der Öffentlichkeit sei auch geplant.

Herr Feßenbecker erläutert die einzureichenden Unterlagen. Diese würden ungefähr Leistungsphase 3 mit Skizzen entsprechen. Die könne man nicht unbedingt in sechs bis acht Wochen erstellen.

Der Bürgermeister erklärt, dass die 75%-Förderung bei einer „Haushaltsnotlage“ greife. Bundeseinheitlich gebe es keine fest definierten Kriterien, was eine Haushaltsnotlage sei. Wenn man beim Landratsamt eine entsprechende Bescheinigung anfrage, werde man da auch nicht „abgestempelt“, sondern hole eine Bestätigung ein, dass man sich um den Haushalt kümmern müsse.

Herr Seidel ergänzt, den festen Begriff „Haushaltsnotlage“ gebe es in Baden-Württemberg nicht; er könne hilfsweise durch „Finanzschwachheit“ ersetzt werden. Die Verwaltung wende sich dafür an das Landratsamt, um die Bedingung zu erfüllen. Den Begriff an sich erfülle man nicht.

Herr Feßenbecker sagt, es stehe der Stadt frei, weitere Sponsoren zu bekommen. Lediglich 10% müssten selbst aufgebracht werden.

9.2: **Beratung:**

Stadtrat Schmitz spricht für die Fraktion und dankt für das Aufgreifen des Programms. Es habe dieses Programm im ähnlichen Umfang im vergangenen Jahr gegeben. Der Bund tue damit endlich etwas für die Kommunen, anstatt sie nur vor neue Herausforderungen zu stellen. Es gebe sehr gute Gründe, zuerst an das Schwimmbad zu denken. Er als Gründungsmitglied des ehemaligen Schwimmbadfördervereins sei er sich nicht sicher, ob man sich einig sei, was die Probleme sind. Es sei allen, bekannt, dass bei der Planung Fehler gemacht wurden. Den Einsatz von Chemikalien zu reduzieren sei ein zentraler Aspekt des Antrags. Die Fehler würden sich auf den Regenerationsbereich und die Filtertechnik beziehen. Die Folie sei bisher kein Thema gewesen. Man habe sich vielmehr über die Schiefelage des Beckens unterhalten. Die Problematik liege vor allem an der Abstützung. Zum Edelstahlbecken fragt er, was der Anteil an den Kosten sei, ob sich damit die Schiefelage korrigieren lasse und ein Betrieb als Naturbad möglich sei. Über die Beckenfrage solle das Naturbad nicht in Frage gestellt werden, auch wenn es immer wieder in der Kritik sei. Man habe Bedenken, dass dies ein schleichender Ausstieg aus dem Naturbad werde.

Der Bürgermeister sagt, in der Verwaltung und im Gremium stehe das Naturbecken nicht zur Diskussion. Seit 2017 wäre das Naturbecken wegen Überschreitung der Werte maximal 14 Tage geschlossen gewesen. Es funktioniere, doch es werde immer wieder Folie ausgetauscht. Wegen der Löcher in der Folie gebe es hohe Wasserverluste.

Herr Seidel merkt an, in Folie auskleiden sei billiger, aber alle zehn Jahre stünden 150.000 € Sanierungskosten an. Bei Edelstahl habe man höhere Kosten, es halte dafür ca. 50 Jahre. Das Naturbad sei das beste Argument für die Förderung und man könne die Wasserverluste deutlich reduzieren und eine Bodenplatte einbringen. Eine wirtschaftliche Berechnung könne er nicht darlegen, ein Teil der Kosten seien geschätzt.

Herr Feßenbecker ergänzt, bei einer Höchstförderung von 8,5 Mio. € sei das Edelstahlbecken mit 3 bis 3,5 Mio. € ein großer Brocken. Jetzt habe man jedoch sehr hohe Betriebskosten wegen dem Wasserverlust. Es wäre fahrlässig, das nicht zu betrachten, und Edelstahl biete erhebliche Vorteile gegenüber der Folie: weniger Schäden, stabilere Konstruktion und einfacherer Einbau von Überlaufrinnen. Das Edelstahlbecken sei eher die Sicherung des Naturbadbetriebs. Für ihn persönlich sei Plaste im Naturbecken ein Widerspruch.

Stadtrat Rehberger spricht für die Freien Wähler und dankt der Verwaltung, dass sie das Programm aufgetan haben. Zum Glück habe man durch die Arbeit der letzten Monate, um das Schwimmbad zukunftsfähig zu machen, Pläne in der Schublade und könne mit dem Programm sogar noch weitere Maßnahmen umsetzen. Wenn man zum Zuge komme, könne das Schwimmbad für die nächsten 20 Jahre zukunftsfähig gemacht werden. Vor 50 Jahren habe man für das Schwimmbad Kacheln zu je 5 DM verkauft und es habe auch eine Tombola auf dem Bohrermarkt gegeben, um den Bau des Schwimmbads zu finanzieren. Es habe einen sehr hohen Stellenwert in der Bevölkerung und man habe die Verpflichtung, es zukunftsfähig zu machen. Die Planungen zahlten sich aus und wenn die Bewerbung genauso fundiert werde, habe man Chancen, zum Zuge zu kommen. Die Fraktion werde selbstverständlich zustimmen.

Herr Feßenbecker begründet, warum man zuerst an das Schwimmbad gedacht habe: wegen der wichtigen Ausbildung der und durch die DLRG. Es würden da auch Schülergruppen aus Heidelberg und der Umgebung kommen. Dies erhöhe auch die Chancen, aufgenommen zu werden.

Stadtrat Bernauer sagt im Namen der CDU, dass für das Schwimmbad hohe Kosten in den nächsten Jahren zu erwarten seien, es gleichzeitig auch ein zentraler Bestandteil der Lebensqualität wäre. Der größte Faktor seien die hohen Sanierungskosten, die ausstehen würden, was sich die Stadt kaum leisten könne. Andere Sportstätten dürften jedoch nicht vergessen werden. Die große Unbekannte sei nun, ob man das Geld erhalte. Wenn externe Unterstützung nötig sei, solle man an die CDU herantreten. Jetzt sei es wichtig, die langfristige Investition zu tätigen.

Stadtrat Schimpf stellt für die SPD die Grundfrage, was Neckargemünd attraktiv mache. Die schöne Landschaft hätten auch Nachbarkommunen; das Bad sei jedoch ein Alleinstellungsmerkmal. Man müsse den Touristen auch etwas bieten können. Auf dem Parkplatz sehe er an den Nummernschildern, dass auch Gäste von weiter herkommen. Es sei schön, den Zuspruch zu haben. Die Chance sollte ergriffen werden, um auch das Wasser besser zu nutzen. Eine löchrige Folie sollte nicht sein und andere Probleme im Freibad sollten beseitigt werden. Man müsse größere Maßnahmen anpacken und etwas Praktisches für die Bevölkerung tun, weshalb man dafür stimme.

Laut Stadtrat Katzenstein sei seine Fraktion eher skeptisch. Man habe im Sachvortrag die Stadtentwicklung angesprochen, wobei es aber nicht nur um Sport und Schwimmbad gehe, sondern auch das Menzerareal, die Hotelentwicklung und Projekte in den Ortsteilen eine Rolle spielten. In der Vorlage stehe, das Bad werde dann für zwei Jahre stillgelegt, wenn man das mache. Wolle man das? Runde man die 8,5 Mio. Euro auf, lande man bei 10 Mio. Euro und davon würden 2 Mio. Euro bei der Stadt hängen bleiben. Bei einem niedrigeren Fördersatz sogar 5 Mio. Euro. Man könne noch Sponsoren suchen oder Namensrechte verkaufen. Das Programm gebe es auch immer wieder, und andere Kommunen, die in der Vergangenheit keinen Erfolg gehabt (und damit auch schon die Vorarbeit gemacht hätten) wären ebenfalls in einer guten Position, um sich nun zu bewerben. Er fragt weiterhin nach einer Strategie, falls es nicht klappe.

Herr Seidel erklärt, für die geplante Solaranlage würden ungefördert Kosten von 1,5 Mio. Euro entstehen. Bei anderen Projekten fehle zum Teil noch ein sauberes Nutzungskonzept, was für die Kultureinrichtungen nun beauftragt sei. Ohne würde er nicht in das Programm einsteigen. Beim Terrassen-Schwimmbad sei klar, was technisch erforderlich wäre und man habe ein gutes Konzept.

Der Bürgermeister kritisiert, dass manche Sachen nicht gesehen würden. Man saniere die Villa Menzer mit 60% Förderung. Man müsse sich nun einmal an Fördertöpfen bedienen, da es aus eigener Kraft nicht möglich sei. Vieles andere mache die Stadt einzigartig und es solle nicht immer alles schlecht geredet werden. Die Foliensanierung koste auch 200.000 € und wenn sie Risse aufweise, laufe Wasser weg, was hohe Betriebskosten verursache. Es sei damals ein Fehler gewesen, nicht gleich auf ein Edelstahlbecken zu setzen. Bei Kosten von 8,5 Mio. Euro blieben 2 Mio.

Euro als Eigenanteil, die auch jetzt schon mit geplanten Maßnahmen zusammenkommen. Am Ende habe man so ab 2028 ein Freibad, was für Jahre ohne größere Sanierungen auskomme. Das sei das große Ziel. Man könne auch immer wieder kleinere Projekte umsetzen. Die letzte Sanierung sei immerhin schon 14 Jahre her und das Bad solle dauerhaft erhalten bleiben. Heute rede man über das Interessenbekundungsverfahren und ein Weiterlaufen der aktuellen Maßnahmen. Herr Seidel ergänzt, der Exit-Plan sei, mit der ursprünglichen Planung weiterzumachen. Man würde nur zwei Monate verlieren.

Stadtrat Konrad gibt zu bedenken, dass man oft über die Investitionskosten spreche und auch auf die Betriebskosten schauen müsse.

Der Bürgermeister beziffert die jährlichen Betriebskosten mit rund 700.000 €.

Stadtrat Konrad meint, die Situation würde sich durch die Förderung deutlich verbessern. Mit effizienteren Pumpen und eigenem Strom könne man das Bad langfristig erhalten.

Der Bürgermeister bestätigt, wenn man die 2 Mio. Euro jetzt richtig investiere, dann habe man es in 10 Jahren wieder raus, denn vor allem die Energiekosten seien Kostenfresser.

Herr Feßenbecker verweist auf die gesetzliche Verpflichtung, Einrichtungen CO2-neutral zu betreiben. Ein Kollege aus Ladenburg meinte, man müsse dafür die Liegenschaften komplett abreißen und als Passivhaus neu bauen. Das Bad habe energetisch und mit Wasserbedarf den höchsten Verbrauch, dann komme das Schulzentrum wegen seiner Größe und danach die Grundschule Neckargemünd.

Stadtrat Katzenstein stellt klar, er habe nicht schlecht über Neckargemünd geredet, sondern skeptische Fragen gestellt. Es sei eine Grundsatzentscheidung für die nächsten Dekaden. Er wolle die Abschreibungskosten sehen und wissen, was mit anderen genauso wichtigen Projekten sei.

Herr Feßenbecker verspricht, die Aufrechnung zur Verfügung zu stellen. Man brauche heute zumindest die Freigabe, sich bewerben zu können. Es müsse dann nicht wahrgenommen werden, doch ohne die Zustimmung dürfe man sich nicht bewerben. Die anderen Projekte lägen nicht in seinem Sachbereich, weshalb er dazu nichts sagen könne. Doch es sei nicht so, dass im Falle einer Projektdurchführung, sein Büro dann ins Schwimmbad verlegt werde und nichts anderes mehr erledigt würde. Es stünden noch andere Projekte an, für dies kein KO bedeute.

Stadtrat Fritsch sagt, ihn treibe um, dass man bei der letzten Sanierung „auf die Schnauze gefallen“ sei. Die vorgetragene Förderung wollten auch alle anderen Kommunen und es werde sicher europaweit ausgeschrieben. Man müsse das richtig machen und auch Angefangenes zu Ende bringen. Es solle nur nicht wieder schief gehen.

Herr Feßenbecker berichtet, Schwarzach betreibe erfolgreich ein Naturbecken mit Bundesmitteln. Es gebe nun mehr Erfahrung und eine breitere Basis als vor ein paar Jahren, was es leichter mache, verlässliche Planungspartner zu finden.

Herr Seidel beschwichtigt, man wolle keine Pilotprojekte. Das aktuelle Terrassen-Schwimmbad habe man geplant, als die ganze Technik noch neu gewesen sei. Bei

jedem Prototyp gebe es Fehler. Nach 15 Jahren Erfahrung habe man einen potenziell besseren Markt, was Planer angehe.

Stadtrat Fritsch weist darauf hin, dass er von Anfang an dabei gewesen sei und welche Probleme es alles gebe.

Der Bürgermeister bezeichnet das als „olle Kamellen“. Das Bad funktioniere und sei länger nicht mehr außer Betrieb gewesen. Eine gewisse Sanierung brauche es Jahr für Jahr. Man habe nun ein Förderprogramm, das auch PV-Anlagen fördere. Damit spare man schon ab dem ersten Tag.

Herr Seidel sagt zum Zeitplan, die Planerauswahl stehe im nächsten Jahr an und aktuell sei das Projekt nun drei bis vier Wochen alt.

Stadtrat Wachert wirft ein, man solle die Versicherung etwaiger externer Projektbeteiligten checken.

Stadtrat Dr. Rothe meint, man sollte der Diskussion ein Ende setzen. Das Konzept sei in Ordnung.

Stadträtin Oppelt drängt auf Abstimmung.

9.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Teilnahme am Interessenbekundungsverfahren des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur (SKJ)“ und bestätigt die Gesamtfinanzierung des Projektes. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, das Interesse gegenüber dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zu bekunden.

10: **CO₂-neutrale Wärmeversorgung des Bauhof-Areals: Sachstandsbericht und weitere Projektumsetzung**

10.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 5 – Bauwesen und Recht ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Feßenbecker berichtet, man habe die Rückmeldung vom Planungsbüro. Vor der Ausschreibung brauche man jedoch noch die Freigabe für die benötigten Gelder.

10.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser fragt nach, ob das Geld nicht bereits im Haushalt stehe.

Herr Seidel antwortet, im Haushalt seien die Mittel für die Planung, jedoch nicht die Umsetzung enthalten. Man könne auch bis April nächsten Jahres mit der Ausschreibung warten.

Stadtrat Hertel dankt für die Darstellung und lobt, dass es vorangehe. Die Haushaltsmittel sollten nächstes Jahr eingeplant werden.

Der Bürgermeister wirft ein, die Mittel würden zur Verfügung stehen.

Stadtrat Hertel entgegnet, der Haushalt sei die Domäne des Gemeinderates und man habe auch noch andere Projekte, die Priorität hätten. Wenn Geld übrig sei, solle man

eher andere Sachen aus dem Haushalt machen. Manche Projekte würden jahrelang auf den Listen hängen.

Herr Feßenbecker stellt klar, dass man es auch prinzipiell so mache. In diesem Fall brauche man die Ermächtigung, dass Mittel 2024 in den Haushalt eingestellt würden, um ausschreiben zu können. Dieser Beschluss würde nicht verhindern, dass Mittel für andere Projekte nicht ausgegeben werden könnten. Der Gemeinderat müsse lediglich im Voraus bestätigen, dass die benötigte Summe im nächsten Jahr ausgegeben werden solle.

Der Bürgermeister erklärt, der Gemeinderat habe die Hoheit über den Haushalt und werde daher auch gefragt. Das Geld werde dieses Jahr nicht ausgegeben, aber man brauche den Beschluss für den Förderantrag. Das Geld habe man dann im Haushalt des Jahres 2024 zur Verfügung.

Stadtrat Hertel meint, wenn es sich um eine Rückversicherung handle, dass das Geld theoretisch vorhanden sein werde, sehe das schon anders aus,

Der Bürgermeister sagt, eventuell werde etwas Geld fließen, aber nicht alles, da die Maßnahme dieses Jahr nicht vollständig umgesetzt werden könne.

Herr Seidel ergänzt, die Mittel stünden für 2024 in der mittelfristigen Finanzplanung. Dies reiche jedoch nicht für einen Förderantrag und die Ausschreibung.

Stadtrat Bernauer fragt, ob die Heizung im Wohnhaus mit einer Wärmepumpe weiterlaufen könne, wenn der Heizcontainer umziehe, und wie die Amortisationszeit aussehe.

Herr Feßenbecker bestätigt, dass es möglich sei und rechnet mit einer Amortisationszeit von unter zehn Jahren.

Stadtrat Bernauer fragt weiterhin nach der Beurteilung zur Lagerung und Qualität des Brennstoffes.

Herr Feßenbecker antwortet, das beurteile der Kesselhersteller, der bisher sage, es sei kein Problem.

Stadtrat Schmitz bemängelt, dass auf dem Titelblatt der Vorlage kein Bezug zum Klimaschutz stehe.

Stadträtin Schlüchtermann sagt, sie finde es großartig, in welcher Geschwindigkeit das Projekt voranschreite und das Gremium müsse das unterstützen.

10.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom aktuellen Sachstand und den durchgeführten Planungen. Er beschließt einstimmig die Zurverfügungstellung von Mitteln gemäß Kostenberechnung zur Projektumsetzung und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Ausschreibungen.

11: **Annahme einer Sachspende für das Max-Born-Gymnasium**

- 11.1: **Sachvortrag:**
Die Vorlage des FB 5 – Bauwesen und Recht ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.
- 11.2: **Beratung:**
Stadtrat Dr. Rothe fragt nach der Gestaltung.
Der Bürgermeister antwortet, wie das alte und Herr Seidel verweist auf die nichtöffentliche Sitzung.
- 11.3: **Beschluss:**
Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Annahme einer Schenkung für das Max-Born-Gymnasium und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.
- 12: **Überfraktioneller Antrag: Effizientere Sitzungsstruktur**
- 12.1: **Sachvortrag:**
Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.
Der Bürgermeister stellt den Antrag vor. Er selbst sei der Meinung, man sollte um 22 Uhr fertig sein, wenn eine Sitzung ausnahmsweise schon um 18 Uhr beginne. Letzteres sei in Fällen von Bewerbervorstellungen angezeigt. Man wolle diese nicht erst auf 22 Uhr einbestellen. Eine Hauptsatzungsänderung sei nicht erforderlich; ggf. wäre die Geschäftsordnung zu ändern. Die Verwaltung sei für entsprechende Anpassungen und eine stringenter Sitzungsstruktur. Er habe früher selbst im Monat um die 40 Stunden oder mehr für dieses Ehrenamt aufgebracht. Andere Gemeinden hätten 15 Punkte auf der Tagesordnung und seien schon 21 Uhr fertig.
- 12.2: **Beratung:**
Stadtrat Bergsträsser dankt für die Vorstellung des Antrags, den 17 Mitglieder des Gremiums unterschrieben hätten. Er sei gefragt worden, ob er keine Lust mehr auf die Gemeinderatsarbeit hätte. Lust habe er noch, aber die Sitzungen dauerten ihm zu lange, daher habe er immer öfter Geschäftsordnungsanträge zur Abkürzung gestellt. Aus seiner Sicht sei es wichtig für Familien und insbesondere Alleinerziehende; diese hätten sonst kaum die Möglichkeit, so ein Amt wahrzunehmen. Es gehe nicht um ein Sprechverbot, sondern darum, Argumente zu kanalisieren. Es bräuchten sich nicht vier Leute einer Fraktion melden. Mit dem Bürgermeister habe er schon erörtert, ob man die Redezeit nach Wahlergebnis vergebe.
Stadtrat Katzenstein erklärt, die Fraktion habe Verständnis dafür, die Struktur attraktiver zu machen. Es sei nicht immer prickelnd, bis nach 23 Uhr hier zu sitzen. Beim Lesen sei unklar, wie die Punkte 1 und 2 zu verstehen seien. Es gehe da um die Straffung der Stellungnahmen der Fraktionen. Sei dann weiterhin die Diskussion zulässig, um Argumente austauschen und auch die Meinung ändern zu können, oder solle dann Ende der Debatte sein? Man sehe das heikel, da alle ein Rederecht hätten. Man habe Fragezeichen bei der Einschränkung auf Fraktionen; die Stadträte La Licata und Fritsch hätten auch Rederecht.
Stadträtin Linier stellt klar, man habe den Begriff falsch gewählt. Es sei nie so einschränkend gemeint gewesen.

Stadtrat Katzenstein fährt fort, man müsse richtig debattieren können. Es werde wichtige Entscheidungen geben und man brauche einen fundierten Austausch. Die Bürgersprechstunde könne man auf 18:30 Uhr festlegen und dann als Gemeinderat erst 19 Uhr beginnen. Das Ende könne dann gegen 22:30 Uhr als Ziel festgehalten werden, wobei dann nicht knallhart die Sitzung zu Ende sein sollte. Nach 22 Uhr sollte besser kein weiterer TOP aufgerufen werden. Anfragen aus dem Gremium könne man dann nach vorne ziehen. In den letzten Sitzungen habe man diesen TOP immer wieder weggelassen, doch jedem Gremiumsmitglied stehe das Recht zu, Fragen zu stellen. Ein früheres Ende könne dazu führen, dass nicht alle TOPs geschafft würden. Je nach Zuständigkeit solle man Themen im Hauptausschuss abarbeiten oder mehr Sitzungen vorsehen, zum Beispiel mit einem Abstand von 3 Wochen.

Stadtrat Wachert meint, man brauche den Antrag nicht, wenn jeder an sich und die anderen denken würde. Man müsse nicht immer zu jedem TOP etwas sagen. 50% der Gemeinderätinnen und -räte würden fast nichts sagen, die anderen 50% dafür ständig. Vieles sei nur Wiederholung oder unnötig. Statt Regularien könne sich doch jeder einfach kurz fassen und man sei schnell durch. Es müsse nicht erzählt werden, wie es vor 100 Jahren gewesen sei. Unterhalten ja, aber bei einem Bier und nicht in der Sitzung. Auch in einer Diskussion könne man sich kurz halten, doch diese Eigenverantwortung fehle einigen.

Stadtrat Wagner dankt für den Antrag, der nicht ohne Not auf die Tagesordnung komme. Eigentlich sollte es diesen nicht benötigen. Er gehe mit, dass Fraktionen bzw. Fraktionslose zu jedem TOP nur einen Redebeitrag haben, außer es gebe eine komplett abweichende Meinung. Durch diese andere Meinung müssten sich auch neue Aspekte ergeben. Es solle ein Wachrütteln sein, denn es gehe nicht, dass nach einem Statement noch andere Mitglieder dies noch einmal mitteilen. Das sei dazu auch unkollegial, da sich andere an die Absprache halten würden. Er appelliere an die Disziplin und auch der Bürgermeister solle dies als Moderator öfter tun und ermahnen. Manche müssten am nächsten Morgen um 6 Uhr aufstehen. Er stimme dem Antrag zu, werde aber aus demokratischer Überzeugung ablehnen, denn jeder solle jederzeit seine Ansicht vortragen können. Ein Sitzungsende weit nach 24 Uhr könne nicht das Ziel sein.

Stadtrat La Licata sagt, ihn störe es, wenn eine Sitzung bis halb eins gehe. Er selbst versuche sich zurückzunehmen, wenn alles gesagt sei. Bei den Punkten 1 und 2, die nur den Fraktionen ein Rederecht einräumen, würde er sich gezwungen sehen, rechtlich vorzugehen. Die Punkte 3 und 4 finde er an sich gut. Bei TOPs mit hohem Diskussionsbedarf sehe er garantierte Enden kritisch. Man könne auch den Antrag auf Redeschluss in der Geschäftsordnung ändern. Im Prinzip sehe er den Punkt. Wenn man nichts Neues bringt, solle man sein Ego einfach mal zurückstellen.

Stadtrat Fritsch sagt, die Demokratie lebe von lebendiger Diskussion; nur so könne die Entscheidung zum Wohl der Stadt getroffen werden. Es würde eine Lücke von Stadtrat Bergsträsser und Stadträtin Linier genutzt, um nur noch Fraktionen zu Wort kommen zu lassen. Wenn Themen für den Hauptausschuss nur an die Fraktionen gingen und er nur zuhören könne, dann sei es kein demokratisches Verhalten mehr. Er lehne daher diesen Antrag ab.

Stadträtin Linier, seit 1994 Stadträtin, teilt mit, sie habe aus diesem Grund schon einmal ihre Gemeinderatstätigkeit beendet. Die Sitzungen seien sehr spät zu Ende gewesen und vor 6 Uhr habe der Wecker geklingelt. Es gehe nicht darum, die

Diskussion abzuwürgen. Die vielen gehaltenen Fensterreden finde sie respektlos, auch den Mitarbeitenden der Verwaltung gegenüber. Jeder weiß, man könne sich nicht fünf Stunden konzentrieren. Diskussionen seien wichtig, aber Redundanz brauche man nicht.

Stadträtin Striegel äußert sich kritisch zum Vorschlag von Stadtrat Katzenstein. Die Bürgerfragestunde schon 18:30 Uhr anzusetzen, sehe sie kritisch wegen der Zeit. Sie habe schon ein schlechtes Gewissen, wenn sie eher gehe, wenn ihr Kind krank sei. Noch mehr Sitzungen bedeute für sie, verstärkt Babysitter und die Familie einzuspannen, was sehr schwer sei.

Der Bürgermeister erklärt, persönliche Meinungen seien in der Gemeindeordnung geregelt. Sie seien ein Grundrecht, das jeder immer nutzen dürfe. Er sei wegen der Verlagerung von Themen in den Hauptausschuss kritisiert worden. Dinge, die man in einer Vorberatung im Hauptausschuss beschlossen habe, seien im Gremium dann abgelehnt worden. Wenn, dann müssten die Beschlüsse auch so umgesetzt werden. Bei den „Mitteilungen und Anfragen“ habe er kein Verständnis für immer wiederkehrende Anfragen. Viele Anfragen könnten auch schnell und einfach schriftlich erledigt werden. Auch die Bürgerfragestunde ab 18:30 Uhr sehe er kritisch: Die Verwaltung komme dann 18:30 Uhr und der Rest erst 19 Uhr. Für ihn und die Verwaltung beginne die Sitzung dann schon eine halbe Stunde früher mit der Bürgerfragestunde, anders als für die anderen Mitglieder des Gremiums. Frau Thiele müsse alles mitschreiben und auch Mitarbeitende der Verwaltung müssten früher beginnen, während der Gemeinderat später dazukomme. Woanders finde die Bürgerfragestunde am Ende statt, in Neckargemünd seien dann schon alle Leute weg. Den Vorschlag sehe er grundsätzlich positiv, doch sei er schwer umsetzbar. Man könne versuchen, die geäußerten Vorschläge als „gentlemen’s agreement“ umzusetzen und jeder solle sich selbst disziplinieren. Im Kreistag gebe reihum jede Fraktion eine Stellungnahme ab – das wäre es dann. Er könne es niemanden vorschreiben, doch erwarte er ein bisschen Selbstregelung. Die Idee von Stadtrat Katzenstein, nach 22 Uhr keine neuen TOPs mehr aufzurufen, finde er gut. Insgesamt sollten alle versuchen, sich kürzer zu fassen. Man sage seit Jahren, 23 Uhr wäre Schluss. Das müsse man zementieren. So eine lange Sitzung habe auch Auswirkung auf die Verwaltung, da im Anschluss Ruhezeiten einzuhalten seien. Er hätte gerne ein „gentlemen’s agreement“ mit folgenden Eckpunkten: ein Redebeitrag einer Gruppierung; abweichend Meinungen sollen möglich sein; Beginn 19 Uhr und letzter TOP-Aufruf um 22 Uhr; werde 18 Uhr begonnen, dann solle der letzte TOP 21 Uhr aufgerufen werden.

Stadträtin Linier sagt, sie könne damit leben. Im Ortschaftsrat nerve es sie, dass jeder die E-Mail-Adresse kenne, doch immer erst zu den Sitzungen Anfragen stelle. Man könne doch die Mitarbeitenden unabhängig davon erreichen.

Stadtrat Wachert wirft ein, der Mensch sei vergesslich und brauche Erinnerung dafür.

Stadtrat Hertel betont, die folgende redaktionelle Änderung sei richtig: statt Fraktion müsse es Gruppe heißen. Mitteilungen und Anfragen sollten Substanz haben.

Stadtrat Konrad kritisiert die These, dass man mit Fensterreden Zeit verliere. Vielmehr würde das Gremium durch viele Expertenbefragungen, innerstädtisch und extern – wie z.B. der Förster – zusätzliche Sitzungszeit benötigen. Dies sei in seinen Augen jedoch ein wichtiger Bestandteil der Gremienarbeit.

Der Bürgermeister entgegnet, beim Waldhaushalt halte er es für wichtig. Es würden jedoch jedes Jahr die gleichen Fragen gestellt. Auch Herr Mackert erhalte immer wieder die gleichen Fragen. Man gebe auch vorher einen Zeitrahmen vor, der meist eingehalten werde.

Stadtrat La Licata fragt, wie es gehandhabt werden solle, wenn im Redebeitrag bestimmte Aspekte fehlen würden. Oder bei Rückfragen. Insgesamt halte er die Punkte 1 und 2 für bedenklich. Man solle nicht am Rederecht ansetzen.

Der Bürgermeister entgegnet, er wolle es als Kodex versuchen, ohne die Geschäftsordnung zu ändern. Weiterhin bittet er darum, die Vorlagen gründlich zu lesen, da sie viele Fragen schon beantworten würden.

Stadträtin Oppelt schlägt vor, eine Klangschale zu besorgen, um Redezeiten zu begrenzen.

Stadtrat La Licata bestätigt, dass Moderieren sehr schwierig sei, da man im Zweifel „immer der Depp“ wäre.

Der Bürgermeister merkt an, er habe zwei Funktionen: Moderator der Sitzung und Chef der Verwaltung.

Stadtrat Wachert fragt, ob man die Sitzung nicht mit Moderator machen könne.

Der Bürgermeister antwortet, es gehe nicht anders. Man werde nicht abstimmen, sondern es als „gentlemen’s agreement“ versuchen.

12.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt den Antrag zur Kenntnis und akzeptiert den Vorschlag, zu versuchen, künftig nach den folgenden Prämissen im Sinne eines „gentlemen’s agreement“ zu handeln:

- Zu jedem TOP werden zuerst die Stellungnahmen der Fraktionen und der fraktionslosen Gemeinderäte abgefragt; im Regelfall somit max. 1 Beitrag pro Gruppierung. Abweichende Meinungen sowie Fragen können gestellt werden.
- Zusätzliche Wortmeldungen wenn möglich nur dann, wenn es neue Aspekte oder etwas grundlegend Gegenteiliges vorgetragen wird; grds. kürzer fassen.
- Sitzungsbeginn im Regelfall 19 Uhr.
- Spätestens 22 Uhr soll der letzte öffentliche TOP aufgerufen werden.
- Wenn die Sitzung bereits um 18 Uhr beginnt, soll der Aufruf des letzten öffentlichen TOPs spätestens um 21 Uhr stattfinden.
- Unter „Mitteilungen und Anfragen“ sollen nur Fragen mit Substanz gestellt werden; wenn möglich und in der Sache angezeigt, direkter Kontakt mit der Stadtverwaltung über die Funktionspostfächer als schnellerer Weg zum Ziel vorzuziehen.

Eine Änderung der Geschäftsordnung ist nicht vorzunehmen.

13: **Mitteilungen und Anfragen**

13.1: **Brandschutztüren**

Stadträtin Oppelt berichtet, die Brandschutztüren in der Schule würden blinken und die Uhr sei kaputt.

Der Bürgermeister verspricht, dies prüfen zu lassen und dies könne auch per E-Mail an immobilien@neckargemuend.de mitgeteilt werden.

- 13.2: **Griechische Weinstube**
Stadträtin Oppelt bittet darum, bei der Investorensuche beteiligt zu werden, wenn sich nichts ändere.
- 13.3: **Soundanlage**
Stadtrat Schendzielorz kritisiert die Soundanlage zur Beerdigung von Frau von Reumont.
Der Bürgermeister sagt, man habe dies extern beauftragt und es sei sonst erstmals keine Kritik gekommen.
- 13.4: **E-Car-Sharing**
Stadtrat Katzenstein fragt nach dem Sachstand.
Der Bürgermeister erklärt, Frau Watzelt bearbeite gerade viele Themen und könne nicht alles auf einmal schaffen. Außerdem spiele da noch ein Partner mit. Er gebe es weiter.
- 13.5: **Sandklinge und Glasfaser**
Stadträtin Linier fragt nach den Sachständen zur „Sandklinge“ und Glasfaser.
Der Bürgermeister berichtet zur Glasfaser-Vorvermarktung, man sei bei 40% oder knapp davor und Netcom BW habe bereits die Baufreigabe erteilt. Bei der Sandklinge müsse man sehen, es gebe noch Engpässe in der Bauverwaltung.
- 13.6: **Radweg Wiesenbach**
Stadtrat Fritsch hat eine Frage zum Radweg Richtung Wiesenbach hinsichtlich der Beschilderung.
Der Bürgermeister bittet, dies schriftlich zu schicken.
- 13.7: **Radweg Mückenloch–Neckarhäuserhof**
Stadtrat Bergsträsser fragt nach dem Sachstand.
Der Bürgermeister antwortet, man sei dran und habe es sich schon angesehen.
- 13.8: **Veranstaltungsplakate**
Stadtrat Bergsträsser bittet die Grünen ihre Veranstaltungsplakate für zwei Veranstaltungen Anfang des Monats abzuholen.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
 Stadträtin Striegel

Die Schriftführerin

Stadtrat Fritsch